

Verantwortung sollte glaubwürdig gelebt werden

Die Brief-Wahlunterlagen kamen bereits diese Tage in einigen Haushalten an und es klingt unglaublich, aber es gibt unerklärliche Doppellieferungen. Ein Verwaltungsfehler bei der Versendung? Nun wird die Entscheidung, ob Stimmen gültig oder ungültig sind, wohl den Wahlhelfern am 29.03. bleiben. Hoffen wir, dass der Wählerwille dabei unparteiisch und demokratisch erkannt wird.

Beim ersten Wahlgang am 15.03. waren die Vorkehrungen der Infektionsprophylaxe für die bestellten Wahlhelfer in Übersee verbesserungsbedürftig. Es gab weder Einweghandschuhe noch Mundschutz für die Wahlhelfer vor Ort. Nur einige wenige Wahlvorstände nahmen hier ihre Verantwortung ernst und klärten die bestellten Helfer auf oder hatten sogar ein paar Handschuhe dabei. Die GfÜ wünscht sich für alle Wahlhelfer, die bei der Stichwahl anwesend sind, eine perfekte Organisation und einen angemessenen Schutz vor Infektion bei der Auszählung der Stichwahl-Ergebnisse. Wir werden uns dieses Mal zusätzlich selbst darum kümmern und Schutzmittel zur Verfügung stellen.

Vor kurzem wurde bekannt, dass sich unter den Wahlhelfern eine CSU-Listenkandidatin befand, welche am 01.03. aus einem Nord-Italienurlaub zurückkehrte. Bereits am 24. Februar begannen die italienischen Behörden mit Sperrzonen die rasante Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen. Mehrere Gemeinden in Norditalien wurden abgeriegelt. Sogar Züge wurden gestoppt. **In Deutschland wurde daraufhin von der Bundesregierung angeordnet:** „...wer sich in einem Risikogebiet aufgehalten hat, sollte Kontakte zu anderen Personen vermeiden. Diejenigen sollten ihre Zeit in häuslicher Quarantäne verbringen und unverzüglich mit dem zuständigen Gesundheitsamt in Verbindung setzen...“. Wie wir erfahren haben, war diese Person nicht nur Wahlhelferin, sondern nahm auch noch innerhalb der Inkubationszeit am 10.03. an einer Versammlung der Senioren teil und riskierte dadurch leichtfertig das Lostreten einer Infektionskette. Wie Bürgermeister Nitschke in seiner Video-Botschaft verkündete, gibt es bereits einen ersten Fall in Übersee.

*Die amtierenden und frisch gewählten Gemeinderät*innen der Wählergruppe „Gemeinsam für Übersee – GfÜ“*